

1. Einleitung

Augenblickswirkungen auf den Geist der Masse kann nun zwar die lebendige Menschenstimme von der Tribüne oder der Kanzel noch in höherem Maße erzielen als die Presse; aber der letzteren Einfluß wirkt nachhaltiger. Tag für Tag lenkt sie die Köpfe von Tausenden in gleiche Gedankenbahnen, wiederholt bei den verschiedensten Gelegenheiten und Zusammenhängen die gleichen Ansichten, Meinungen, Urteile mit der Selbstverständlichkeit unerschütterlicher Wahrheiten; schließlich meint der Leser in ihr nur seine eigenen Gedanken wiederzufinden.

Karl Bücher, Gründer des ersten deutschen Universitätsinstituts für Zeitungskunde, 1926¹

Die Arbeitslosenunterstützung ist zu großzügig, sie prämiert das Nichtstun. Die gesetzliche Rente ist in der bisherigen Form nicht länger finanzierbar. Die Sozialabgaben sind zu hoch. Im Gesundheitssystem sind mehr Wettbewerb und Eigenbeteiligung nötig. Leistungsträger und Unternehmen müssen steuerlich entlastet, der Staatshaushalt gleichzeitig konsolidiert werden. Den Lohnsteigerungen ist Einhalt zu gebieten und Niedriglohnbeschäftigung für Geringqualifizierte zu ermöglichen. Überhaupt muss der Arbeitsmarkt flexibler werden. Der Kündigungsschutz verhindert Neueinstellungen. Lähmende Bürokratien müssen entmachtet, überflüssige Regulierungen beseitigt und die Eigenverantwortung des Einzelnen gestärkt werden. Selbstständigkeit und Unternehmergeist sind zu fördern. Konjunkturprogramme aufzulegen hieße dagegen lediglich, kostspielige Strohfeuer zu zünden.

Diese Deutungen und Forderungen sind seit Jahrzehnten fester Bestandteil der wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten in der Bundesrepublik. Bereits die von 1982 bis 1998 amtierende konservativ-liberale Koalition verfolgte einen Kurs, der sich in vieler Hinsicht daran orientierte. Sie verabschiedete eine Reihe von Gesetzen, die dem Grundsatz ‚mehr Markt, weniger Staat‘ entsprachen.² Zum klaren Bruch mit hergebrachten

¹ Bücher: Die Grundlagen des Zeitungswesens, S. 208.

² Allerdings gab es auch Bewegungen in die Gegenrichtung, etwa die Erweiterung des Sozialversicherungssystems um die Pflegeversicherung.

sozialstaatlichen Prinzipien – Stichwort Hartz IV –, zu massiven Steuer-senkungen vor allem zugunsten von Unternehmen und höher Verdienenden, zur deutlichen Ausweitung der Möglichkeiten, Arbeitsverhältnisse mit prekärem Charakter zu schaffen, oder zur weitgehenden Deregulierung der Finanzmärkte kam es jedoch erst unter der folgenden rot-grünen Koalition.³

Offenkundig hat der obige Kanon im Laufe der Jahre weit über das liberal-konservative Lager hinaus neue Anhänger gefunden. Waren die genannten – neoliberalen – Positionen in den 1970er und 1980er Jahren noch heftig umstritten, erschienen um die Jahrtausendwende häufig nur mehr die Details der ‚notwendigen‘ Reformen diskussionswürdig. Marktfreundliche Argumente konnten sich nun allem Anschein nach auf einen breiten demokratischen Konsens stützen.

Dies ist insofern erstaunlich, als nicht ohne Weiteres davon ausgegangen werden kann, dass neoliberal inspirierte Politik im Interesse der Wählermehrheit liegt. Für weite Teile der Bevölkerung bedeutet sie vor allem weniger ökonomische Sicherheit, etwa durch schlechtere Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit. Und dass im Gegenzug, wie von neoliberal argumentierenden Wissenschaftlern und Politikern meist in Aussicht gestellt, eine erhebliche Zahl (vollwertiger) neuer Stellen entsteht, ist erfahrungsgemäß zweifelhaft.⁴ Viel eher ist mit einer weiteren Polarisierung der Einkommensverteilung zu rechnen. Mithin erscheint die gestiegene Anziehungskraft marktliberaler Vorstellungen erklärungsbedürftig. Pointiert gefragt: Wie kam der Neoliberalismus in die Köpfe?

Die Vermittlung politischer Informationen, ihre Einordnung und Bewertung liegen heute im Wesentlichen in den Händen der Massenmedien. Um das vorangestellte Zitat aufzugreifen: Journalisten, die „Tag für Tag“ ihre „Ansichten, Meinungen, Urteile mit der Selbstverständlichkeit unerschütterlicher Wahrheiten“ verkünden, dürften das gesellschaftliche Meinungsklima wesentlich beeinflussen. Daher könnte sich eine Untersuchung des medialen Umgangs mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen als aufschlussreich erweisen. Hat die ‚Vierte Gewalt‘ neoliberalen Vorstellungen zur Verbreitung und neoliberaler Politik letztlich zur demo-

³ Die ab 2005 regierende Große Koalition setzte den Kurs ihrer Vorgänger mit der Anhebung des Renteneintrittsalters sogleich fort.

⁴ So blieb das Arbeitsvolumen in Deutschland von 1994 bis 2012 beinahe unverändert. Siehe Gustav A. Horn und Alexander Herzog-Stein: Erwerbstätigenrekord dank guter Konjunktur und hoher interner Flexibilität, S. 152.

kratischen Legitimation verholfen? Dem soll im Folgenden nachgegangen werden.

Der Ansatz dieser Arbeit steht nicht in Konkurrenz zu anderen Erklärungsversuchen für den (zeitweilig) offenbar stark gestiegenen Einfluss neoliberaler Gedanken auf die Politik – Verengung des Forschungs- und Meinungsspektrums der universitären Volkswirtschaftslehre, PR-Kampagnen ideologisch festgelegter Think-Tanks oder Lobbying.⁵ Er ergänzt sie vielmehr. Allerdings ist die Bedeutung der Medien auch hinsichtlich der erwähnten Faktoren nicht gering zu schätzen. Denn potenziell sind Massenmedien in der Lage, deren Wirkung deutlich zu schmälern: Journalisten könnten auf die Ausgrenzung alternativer Ansätze in der Wissenschaft hinweisen, PR-Kampagnen durch entsprechende Berichterstattung ins Leere laufen lassen oder Lobbyismus aufdecken.

Ausgangspunkt einer empirisch fundierten Analyse muss eine möglichst präzise Begriffsbestimmung sein. Was bedeutet neoliberal? Gemeint ist damit eine anti-kollektivistische, regulierungs- und umverteilungsfeindliche intellektuelle Strömung, die in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts in Opposition zu Sozialismus und Reformismus entstanden ist. Ihre Vordenker fanden 1947 in der Mont Pèlerin Society (MPS) zusammen.⁶ Im Kreise der Gründungsmitglieder war ein Jahrzehnt zuvor auch der – heute eher von Neoliberalismus-Gegnern als -anhängern benutzte –⁷ Terminus selbst geprägt worden.

Die Zugehörigkeit zur MPS eignet sich als erstes formales Kriterium zur Abgrenzung einer Personengruppe, deren Anschauungen den Kern des Neoliberalismus bilden. Innerhalb dieses Zirkels lassen sich wieder-

⁵ Hier kann es natürlich zu Überschneidungen kommen. In eins fallen die genannten Einflussfaktoren etwa in der Person des neoklassisch argumentierenden Wirtschaftsprofessors, der von den Think-Tanks bereitgestellte Foren nutzt, um gegen die gesetzliche Rente zu polemisieren, während die Versicherungswirtschaft ihn mit lukrativen Forschungsaufträgen versieht.

⁶ Milton Friedman sagte über das Gründungstreffen später: „This marked the beginning of my active involvement in the political process“ (zitiert nach Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft, S. 103), was die Bedeutung der MPS illustriert.

⁷ Hin und wieder gibt es jedoch Ausnahmen. So war in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 17.01.2014 auf S. 11 unter der Überschrift „Gauck fordert mehr Mut zur Marktwirtschaft“ zu lesen, der Bundespräsident habe den Neoliberalismus anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Walter-Eucken-Instituts „explizit“ verteidigt.

um Personen identifizieren, deren Schriften als besonders wirkmächtig angesehen werden können. Dazu zählen die Träger des Wirtschaftsnobelpreises⁸ Friedrich August von Hayek, Milton Friedman, James M. Buchanan und Gary S. Becker. Hinzu kommt der heute zwar kaum noch rezipierte, für die Entwicklung des neoliberalen Programms aber eminent wichtige Ökonom Ludwig von Mises, der bereits zu Beginn der 1920er Jahre ein umfassendes Werk vorgelegt hatte, das sich gegen alle Versuche wandte, die Wirtschaft zu sozialisieren, zu steuern oder zu regulieren. International zwar weniger beachtet, für die spezifisch deutsche Neoliberalismus-Variante aber umso bedeutsamer ist zudem der Freiburger Wirtschaftsprofessor Walter Eucken.

Aus den bekanntesten Werken der aufgezählten Ökonomen lässt sich ein Katalog neoliberaler Basisaussagen destillieren.⁹ Dieser dient der folgenden Medienanalyse zur Orientierung. Die (im übernächsten Kapitel entwickelte) Liste besteht aus 21 Positionen und wurde so formuliert, dass ihr mit hoher Wahrscheinlichkeit die Zustimmung aller Gründerväter des Neoliberalismus sicher gewesen wäre. Aussagen, die zwischen Vertretern des soziologischen Neoliberalismus, Anhängern der Chicago School oder radikalen Anarchokapitalisten (deren Säulenheiliger nun Ludwig von Mises ist) umstritten wären, wurden nicht aufgenommen.¹⁰

In den Jahren vor Beginn der rot-grünen Reformpolitik scheinen sich Forderungen und Feststellungen, die dem solchermaßen erarbeiteten ‚neoliberalen Katechismus‘ entsprechen, in überregionalen Zeitungen und Nachrichtenmagazinen gehäuft und alternative „Plausibilitätsstrukturen“ (Peter Berger/Thomas Luckmann)¹¹ verdrängt zu haben. Das gilt selbst für Medien, die lange Zeit eher dem linken Teil des politischen Spektrums zugerechnet wurden. Dieser Eindruck findet in der Literatur

⁸ Dies ist der renommierteste Preis für wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten, er wurde jedoch nicht von Alfred Nobel, sondern von der schwedischen Reichsbank gestiftet.

⁹ Herangezogen werden im entsprechenden Kapitel außerdem Schriften weiterer MPS-Mitglieder, z. B. von Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, Ludwig Erhard, Karl R. Popper oder Ronald Coase.

¹⁰ Die ideologische Spannweite wird im Neoliberalismus-Kapitel aber dargestellt.

¹¹ Zu diesem Begriff siehe Berger/Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 166.

eine gewisse Bestätigung.¹² So zeigt Jürgen Nordmann¹³ anhand der Kolumnen von Hans D. Barbier oder Kommentaren von Nikolaus Piper und Gerhard Schwarz, dass unter den einflussreichsten Wirtschaftsjournalisten überzeugte Neoliberale sind.¹⁴ Auf viele neoliberale Elemente stießen auch die Presse-Studien von Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz.¹⁵ Wie sich Argumentationsstrukturen in Kommentaren im Zeitverlauf ändern können, arbeitet Ute Volkmann am Beispiel der Behandlung von Verteilungsfragen in „Frankfurter Allgemeine[r] Zeitung“ (FAZ) und „Frankfurter Rundschau“ (FR) aus den Jahren 1970 und 2000 heraus.¹⁶

Dem soll nun keine weitere Studie mit ähnlich punktuelltem Charakter hinzugefügt werden. Angestrebt ist stattdessen eine möglichst umfassende historische Analyse. Diesen Anspruch einzulösen ist auf den ersten Blick nicht einfach. Erstens ist der neoliberale Forderungskatalog relativ komplex. Zweitens muss der Untersuchungszeitraum recht lang sein. Drittens sollte ein breites Medienspektrum berücksichtigt werden. Es gilt also – in mehrerer Hinsicht – aussagekräftige und repräsentative Stichproben zu ziehen. Um den ersten beiden Anforderungen gerecht zu werden, bietet sich eine Orientierung an der politischen Geschichte an.

1982 und 2003 sah sich die bundesrepublikanische Öffentlichkeit mit umfassenden wirtschaftspolitischen Programmen konfrontiert, die einander in vieler Hinsicht ähnelten. 1982 handelte es sich um ein Memorandum des damaligen Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff, 2003 um die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der seine „Agenda 2010“ vorstellte. Ein Abgleich mit den zuvor bestimmten neoliberalen Kernaussagen zeigt, dass sich in den genannten Dokumen-

¹² Direkt vergleichbare Arbeiten existieren nach dem Kenntnisstand des Verfassers bislang allerdings nicht. Dies könnte sich ändern, sobald erste Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Postdemokratie und Neoliberalismus“ unter der Leitung von Gary Schaal und Gerhard Heyer veröffentlicht sind (http://www.hsu-hh.de/politiktheorie/index_upNyY7LpKp7YnkNI.html).

¹³ Nordmann: Keine Alternative – Neoliberale Positionen in den Printmedien nach dem Finanzcrash.

¹⁴ Piper und Schwarz sind MPS-Mitglieder.

¹⁵ Arlt/Storz: Wirtschaftsjournalismus in der Krise und Portionierte Armut, Black Box Reichtum.

¹⁶ Volkmann: Legitime Ungleichheiten. Außerdem haben Martin Schröder und Florian Vietze (Mediendebatten über soziale Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit) einen ähnlichen Aspekt untersucht. Erkenntnisse, die hier relevant wären, ergeben sich daraus jedoch nicht.

ten zwar nicht das vollständige neoliberale Programm niederschlug, aber doch große Teile der ökonomischen Diagnosen und politischen Forderungen. Leistungen der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sollten gekürzt, Beschäftigung zu niedrigeren Löhnen ermöglicht, Regulierungen und Bürokratie abgebaut, die Kapitalbildung erleichtert, Steuern wie Sozialabgaben gesenkt oder wenigstens auf dem aktuellen Niveau eingefroren und die Staatsverschuldung heruntergefahren werden, während konjunkturpolitische Maßnahmen als weitgehend wirkungslos abgetan wurden.

Sowohl die Veröffentlichung des Lambsdorff-Papiers als auch Schröders Agenda-Rede waren einschneidende politische Ereignisse, denen die Medien große Aufmerksamkeit widmeten. Das Lambsdorff-Papier gilt als ‚Scheidungsurkunde‘ der bis 1982 regierenden sozial-liberalen Koalition; die Agenda-Rede sollte einer durch schwache Konjunkturdaten in Bedrängnis geratenen Regierung als Befreiungsschlag dienen und war entsprechend angekündigt worden. Eine Analyse der zugehörigen Berichterstattung und Kommentierung dürfte recht verlässliche Rückschlüsse auf die jeweilige redaktionelle Linie erlauben.¹⁷ Und ein Vergleich der Beiträge von 1982 und 2003 sollte Aufschluss darüber geben, ob sich die ideologische Grundhaltung eines Mediums verändert hat oder nicht.

Im nächsten Schritt sind die Medien zu bestimmen, die für eine Untersuchung infrage kommen. Hier leistet die Kommunikationswissenschaft mit dem Konzept der ‚Leitmedien‘ Hilfestellung. Demnach kann eine überschaubare Zahl von Redaktionen als tonangebend angesehen werden. Als „*Leuchttürme* im gesellschaftlichen Diskurs“ stehen sie an der Spitze der medialen Rangordnung.¹⁸ Sie erreichen nicht nur auf direktem Wege ein großes Publikum, sondern genießen so hohes Ansehen, dass andere Journalisten ihren Themenvorgaben, Deutungen und Argumentationen häufig folgen. Kombiniert führen die Kriterien Verbreitung beim Publikum und Stellung in der Medienhierarchie zur Auswahl von acht überregionalen Printmedien: „Bild“, „Stern“, „Der Spiegel“, „Die Zeit“, „Süddeutsche Zeitung“, FAZ, „Die Welt“ und FR.

¹⁷ Angesichts der politischen Tragweite ist es unwahrscheinlich, dass in den Medien ausgerechnet bei diesen Themen Autoren zum Zuge kamen, deren Anschauungen von der üblicherweise vermittelten Sicht auf Wirtschafts- und Sozialpolitik abwichen.

¹⁸ Otfried Jarren und Martina Vogel: *Gesellschaftliche Selbstbeobachtung und Koordinierung*, S. 89 (Hervorhebung im Original).

Bei der Gegenüberstellung der kommentierenden Texte zum Lambsdorff-Papier von 1982 und der Agenda-Rede von 2003 bestätigt sich die Vermutung, dass sich die Gewichte deutlich zugunsten neoliberaler Positionen verschoben haben. Dieses, auf der Basis mehrerer Hundert¹⁹ Zeitungs- bzw. Magazinartikel oder -kommentare gewonnene Resultat gibt die Richtung der weiteren Untersuchung vor. Die wenigsten neuen Erkenntnisse wären von einer vertiefenden Analyse der Medien zu erwarten, die zu beiden Zeitpunkten strikt neoliberal argumentiert haben. Im Umkehrschluss erscheint eine nähere Betrachtung der Medien am aufschlussreichsten, die 1982 noch gegen neoliberale Vorstellungen angeschrieben hatten, sich diese 2003 jedoch vollkommen zu eigen machten. Das war besonders deutlich beim „Spiegel“ der Fall – dem ‚Leitmedium Nummer eins‘.

Gerade weil ihm lange eine eher linke politische Ausrichtung zugeschrieben wurde, dürfte sein Einfluss auf die Herausbildung einer neoliberalen Mehrheitsmeinung größer gewesen sein als der anderer, ohnehin als wirtschaftsliberal geltender Medien. Eine ‚Schrumpfung‘ des öffentlich artikulierten Meinungsspektrums hätten FAZ oder „Welt“ nicht bewirken können. Dazu konnte es nur kommen, weil sich vermeintliche ideologische Gegenspieler (wie der „Spiegel“) ihren Positionen angeschlossen haben. Nicht zuletzt interessiert das Hamburger Nachrichtenmagazin hier, da die einfachste Erklärung für eine zunehmende mediale Verbreitung neoliberaler Ansichten in seinem Fall kaum greift: Aufgrund der Eigentümerstruktur steht es weniger als andere Medien im Verdacht, Wirtschaftsinteressen zu bedienen.²⁰

So wird der Entwicklungspfad, der zur medialen Dominanz neoliberaler Positionen führte, im Hauptteil der Arbeit am Beispiel des „Spiegel“ nachvollzogen. Dabei werden nicht nur Bewertungen bestimmter politischer Ereignisse untersucht, sondern ganze Jahrgänge ausgewertet – insgesamt deutlich mehr als 5.000 Artikel.²¹ Die Analyse zeigt, dass sich

¹⁹ Über die Zahl der gelesenen, aber nicht für aussagekräftig befundenen Artikel wurde nicht Buch geführt. In die schriftliche Aufbereitung sind letztlich rund 140 Texte eingegangen.

²⁰ Rund drei Viertel der Anteile gehören den Mitarbeitern und der Familie Augstein. Auf Werbekunden angewiesen ist der „Spiegel“ natürlich dennoch.

²¹ Auch hier wurden die ohne Ergebnis rezipierten Artikel nicht exakt gezählt. Die genannte Zahl ergibt sich aus der Hochrechnung von Stichproben und ist als durchaus konservative Schätzung zu verstehen. Als verwertbar erwiesen

die neoliberale Programmatik nicht schlagartig durchgesetzt hat (etwa nach der Auflösung des Ostblocks). Vielmehr erweist sich, dass zumindest Teile des zu Beginn erarbeiteten ‚neoliberalen Katechismus‘ auch im linken Spektrum anschlussfähig waren. Das gilt insbesondere für die Kritik am Staat. Je weniger diesem zugetraut wurde, in sinnvoller Weise ins Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, desto näher rückte die Alternative, Marktergebnisse als sakrosankt zu betrachten.

Weitere Ergebnisse sollen hier nicht vorweggenommen werden. Vonnöten sind aber noch einige generelle Bemerkungen. Zu betonen ist, dass die Analyse keine bestimmte ‚Gesamtinterpretation‘ der jüngeren (Wirtschafts-)Geschichte voraussetzt. Unerheblich ist etwa, ob man Wolfgang Streecks Auffassung teilt, die in den 1970er Jahren gestartete ‚neoliberale Revolution‘ sei Ausdruck einer ‚Anspruchsinflation‘ der Oberschicht und habe dafür gesorgt, die Staaten ‚institutionell unfähig zu machen‘, regulierend in die Märkte einzugreifen, was nun damit ende, dass die ‚Demokratie durch Märkte domestiziert wird‘.²² Lediglich eine politisch-historische Bemerkung ist unverzichtbar: Die häufig anzutreffende Darstellung neoliberaler Forderungen als ‚modern‘ im Gegensatz zu ‚überholten‘ keynesianischen Ideen kann schon deshalb nicht überzeugen, weil auch das neoliberale Programm bereits vor einem halben Jahrhundert im Wesentlichen ausformuliert war.²³ Gerade dies macht das Thema unter wissenssoziologischen Gesichtspunkten aber interessant. Wie konnten Anschauungen, die jahrzehntelang nachdrücklich bestritten wurden, ‚auf einmal‘ nahezu hegemonial werden?

Den wesentlichen theoretischen Bezugspunkt dieser Arbeit bildet, wie bereits angedeutet, das Konzept der gesellschaftlich konstruierten Realität nach Berger/Luckmann.²⁴ Unterstellt wird, dass Massenmedien bei der Herstellung kollektiv geteilter Realitätsvorstellungen eine wichti-

sich insgesamt 620 Artikel.

²² Streeck: *Gekaufte Zeit*, S. 84, 111 und 163. Aus früheren Zeiten sind von Streeck allerdings auch Äußerungen überliefert, die durchaus auf der neoliberalen Linie liegen, wie die Längsschnittanalyse zeigt.

²³ Für den Keynesianismus kann mit dem Erscheinen der ‚General Theory‘ von 1936 ein eindeutiges Geburtsjahr angegeben werden. Die ‚neoliberalen Klassiker‘ wurden zwischen 1922 und 1962 veröffentlicht. Siehe Abschnitt 3.3.

²⁴ Deren Sozialkonstruktivismus sollte nicht als Antirealismus missverstanden werden. Gemeint ist ein Forschungsprogramm, das ‚sich dafür interessiert, welche Wirklichkeitsdeutungen sich gesellschaftlich durchsetzen und etablieren‘ (Georg Kneer: *Jenseits von Realismus und Antirealismus*, S. 7).

ge Rolle spielen. Ebenfalls in Anlehnung an Berger/Luckmann geht die vorliegende Arbeit davon aus, dass die materielle Welt (etwa ökonomische Machtverhältnisse) und die Welt der Ideen (etwa ökonomische Theorien) in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen, also nicht zwangsläufig die eine die andere bestimmt.²⁵ Einer speziellen Diskurstheorie oder einem bestimmten interpretativen Ansatz sieht sich die Analyse nicht verpflichtet. Dies würde den Blickwinkel unnötig verengen, was bei einem bislang wenig beforschten Gegenstand unangebracht erscheint.

Der Aufbau der Arbeit soll nun noch etwas detaillierter dargestellt werden, wobei weitere methodische Erläuterungen einfließen. Das zweite Kapitel ordnet die Untersuchung zunächst in die (medien-)soziologische Forschungstradition ein. Dort wird auf das Zusammenspiel von Medien und ‚öffentlicher Meinung‘ sowie den zugrunde gelegten sozialkonstruktivistischen Ansatz eingegangen. Es folgt eine Auseinandersetzung mit dem Leitmedien-Begriff. Anschließend wird die Medienauswahl anhand von Auflagenzahlen und Erhebungen zur Mediennutzung von Journalisten erörtert. Der letzte Abschnitt beschreibt die angewandte inhaltsanalytische Methode.

Kapitel 3 ist dem Neoliberalismus gewidmet. Am Anfang steht eine Skizze der politischen Geschichte des Neoliberalismus. Denn erst vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die zitierten Theoretiker tatsächlich als Teil einer mehr oder weniger organisierten Bewegung angesehen werden können.²⁶ Die vorgetragenen Fakten und wesentlichen Zusammenhänge stehen in Übereinstimmung mit den Arbeiten politisch recht unterschiedlich positionierter Autoren wie denen des Neoliberalismus-affinen Philip Plickert, heute Wirtschaftsredakteur der FAZ, und des britischen, eher Neoliberalismus-kritischen Historikers Daniel Stedman Jones. Als Nächstes werden einige grundlegende Schriften vorgestellt und der Versuch einer Ortsbestimmung des Neoliberalismus in der ökonomischen Dogmengeschichte unternommen, indem er zu klassischer,²⁷ neoklassischer und keynesianischer Wirtschaftstheorie ins Verhältnis gesetzt wird. Das Kapitel endet mit der Formulierung des 21 Punkte um-

²⁵ Dies sah, wenngleich es in verkürzten Darstellungen oft anders erscheint, auch Karl Marx so. Vgl. Friedrich Engels' Erläuterungen in einem Brief an Joseph Bloch aus dem Jahr 1890, MEW 37, S. 463.

²⁶ Dementsprechend ist die Darstellung stark personenzentriert.

²⁷ Die Klassik bildet auch das Fundament der marxistischen Ökonomie.

fassenden ‚neoliberalen Katechismus‘, der im Folgenden als Kodierleitfaden fungiert.

Die Querschnittsanalyse (Kapitel 4) beginnt mit Lambsdorff-Papier und Agenda-Rede. Eine Auflistung und Systematisierung von Textauszügen – methodisch gesehen ebenfalls eine Inhaltsanalyse – macht die Gemeinsamkeiten deutlich. Im Anschluss wird die Rezeption dieser Wirtschaftsprogramme durch die ausgewählten Medien relativ ausführlich dokumentiert. Aufschlussreiche Passagen werden meist wörtlich wiedergegeben. Erwartungsgemäß sind bei den Tageszeitungen vor allem die Kommentare aussagekräftig, während sich nachrichtliche und kommentierende Elemente in den Wochenmedien stärker vermischen. Aus der abschließenden tabellarischen Zusammenfassung lässt sich ablesen, welche Medien ihrer Linie treu geblieben sind und welche sich zwischen den Polen ‚kritisch‘ und ‚neoliberal‘ bewegt haben.

Das fünfte Kapitel (Längsschnitt) ist das umfangreichste. Hier sind die einzelnen Stichproben wesentlich größer. Ausgewertet werden sechs komplette „Spiegel“-Jahrgänge. Außerdem gibt es keine engeren thematischen Vorgaben mehr, um zu bestimmen, welche Artikel relevant sein könnten. Ein geeignetes Verfahren ließ sich nur durch intensive Auseinandersetzung mit dem Textkorpus und in detaillierter Kenntnis der neoliberalen Gedankenwelt entwickeln. Insofern war die theoretische Vorarbeit zu Beginn der Untersuchung für dieses Kapitel wesentlich wichtiger als für das vorige, wo nicht entschieden werden musste, ob beispielsweise eine Reportage über Bananenbauern in Südamerika bedeutsam sein könnte. (Es kann fast mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass ein solcher Text relevante Aussagen enthält, denn er wird über kurz oder lang auf die EG-Bananenmarktordnung zu sprechen kommen und damit die aus neoliberaler Sicht zentralen Themen Freihandel, Subventionen und Bürokratie streifen.)

Zunächst werden der erste und der letzte zwischen Lambsdorff-Papier und Agenda-Rede erschienene vollständige Jahrgang vergleichend besprochen. Die Präsentation der übrigen vier Jahrgänge erfolgt chronologisch, um die Entwicklung zu veranschaulichen. Das Untersuchungsmaterial wird dabei jeweils nach drei Kategorien sortiert: Artikel mit neoliberaler, anti-neoliberaler oder gemischter Botschaft. Diese Unterteilung bildet auch das quantitative Rückgrat der Längsschnittanalyse. Entsprechend kodierte Artikel werden stets jahrgangsweise ausgezählt.

Die Gesamtschau der Zahlenwerte lässt einen relativ kontinuierlichen Trend zu neoliberalen Positionen erkennen. Aufschlussreicher ist jedoch die anschließende Zerlegung der aggregierten Daten nach Themenbereichen. Sie macht deutlich, in welcher Reihenfolge sich die einzelnen Punkte des neoliberalen Programms im „Spiegel“ durchgesetzt haben. Zuletzt wird mithilfe von Stichproben aus verschiedenen „Stern“-Jahrgängen überprüft, ob die gewonnenen Einsichten auch auf andere Medien übertragbar sind, die im Laufe der Jahre ‚die Seite gewechselt‘ haben.

Das sechste Kapitel geht den tiefer liegenden Ursachen nach. Zunächst kontrastiert es die Ergebnisse der Medienanalyse mit der Entwicklung wichtiger ökonomischer Indikatoren. Lässt sich die Hinwendung zu neoliberalen Konzepten vor allem mit veränderten wirtschaftlichen Umständen erklären? Es folgt ein Blick auf die Personenebene, auf die Redakteure, die bei der empirischen Untersuchung als besonders hartnäckige Verfechter neoliberaler Anliegen aufgefallen sind. Zudem gilt die Aufmerksamkeit dem akademischen Betrieb: Waren es die Erkenntnisse der ‚Experten‘, die auch Journalisten zum Umdenken zwangen?

Unter der Überschrift „Sinnwelten“ verdichtet die Schlussbetrachtung die gewonnenen Einsichten zu einem Gesamtbild. Das Kapitel zeichnet einen Prozess nach, an dessen Ende das (seit Jahrzehnten im Kern unveränderte) neoliberale Programm frischer wirkte als es war – und politisch ‚alternativlos‘ erschien.